

TTIP – ein Angriff auf Umweltschutz, Demokratie und Rechtsstaat

Seit mehr als zwei Jahren wird über TTIP, das Abkommen zur „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ verhandelt. CETA, ein ähnlich strukturiertes Abkommen mit Kanada, ist bereits weitgehend ausverhandelt. Beide Abkommen haben dafür gesorgt, dass internationale Handelspolitik für viele überraschend wieder im Zentrum der öffentlichen Auseinandersetzung steht. Doch was steht damit für Umweltschutz, Demokratie und Rechtsstaat auf dem Spiel? Darum geht es in diesem Beitrag.

Mühsam haben sich Vertreter von Nicht-Regierungsorganisationen, Wissenschaftler und Journalisten einen Weg durch den Schleier der Geheimhaltung gebahnt und festgestellt, dass nahezu alle Errungenschaften der Umweltbewegung, aber auch von Verbraucherschützern, Gewerkschaften und vielen anderen durch TTIP (und CETA) wieder zur Disposition gestellt werden. Der Katalog reicht von gentechnisch veränderten Nahrungsmitteln über die Chemiepolitik bis zu den Standards der öffentlichen Wasserversorgung. Und immer noch ist die notwendige Transparenz nicht hergestellt worden. Zwar sind nach eineinhalb Jahren das Verhandlungsmandat und danach sukzessive einige Verhandlungspapiere der EU veröffentlicht worden, doch nach wie vor werden die US-amerikanischen Vorschläge und die Papiere, die den jeweils aktuellen Stand der Verhandlungen beinhalten, unter Verschluss gehalten.

Der Mythos vom „nicht-tarifären Handelshemmnis“

Grund für diese breite Betroffenheit ist, dass TTIP und CETA keine klassischen Handelsabkommen mehr sind, die vor allem die Senkung von Zöllen zum Ziel hatten. Vielmehr geht es vor allem um sogenannte „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“. Dabei wird mit Sprache Politik gemacht. Nicht-tarifäre Handelshemmnisse sind nämlich nichts anders als alle Unterschiede in der Gesetzgebung zwischen zwei Wirtschaftsräumen. Was also beispielsweise für uns Deutsche eine effektive Tierschutz-Gesetzgebung darstellt, ist für den Fleischexporteur aus den USA ein nicht-tarifäres Handelshemmnis. Verbote oder Zulassungsbeschränkungen im Zuge einer stringenten Chemikalien-Gesetzgebung sind für den exportierenden Chemiekonzern nicht-tarifäre Handels-